**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Carina Hermann und André Bock (CDU)

Mutmaßliche Tötung eines 16jährigen Mädchens in Friedland – Welche Maßnahmen ergriffen die Behörden, um den mutmaßlichen Täter zu stoppen?

Anfrage der Abgeordneten Carina Hermann und André Bock (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am

Am 11.08.2025 ist ein 16jähriges Mädchen am Bahnhof in Friedland gestorben. Der vollziehbar ausreisepflichtige Muhammad A. steht in dringendem Verdacht, das Mädchen gegen einen durchfahrenden Güterzug gestoßen zu haben.

Am 04.09.2025 fand im Ausschuss für Inneres und Sport eine Unterrichtung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für Inneres und Sport sowie des Justizministeriums statt, um die Hintergründe und Umstände des schrecklichen Ereignisses und das konkrete Handeln der jeweiligen Behörden im Einzelnen darzulegen. Die Innenministerin war nicht zugegen.

Ferner war der Fall Gegenstand einer Aktuellen Stunde am 10.09.2025 im Landtag. Die CDU-Fraktion beantragte diese mit dem Titel „Der Fall Friedland: Schweigende Ministerin, überlastete Behörden und offene Fragen - Rot-Grün muss endlich handeln!“.

Nach der Unterrichtung im Ausschuss und nach der erstmaligen Stellungnahme der Innenministerin im Parlament im Rahmen der Aktuellen Stunde stellen sich zahlreiche Fragen:

- I. Einreise des Muhammad A. und Aufenthalt bis zum Untertauchen
 1. Welchen aufenthaltsrechtlichen Status hatte Muhammad A. während seines Aufenthalts in Deutschland? Bitte die genauen Zeiten und den jeweiligen Aufenthaltsstatus in chronologischer Reihenfolge und lückenlos darstellen.
 2. Welche Anstrengungen haben die Ausländerbehörden oder andere Behörden unternommen, um die Richtigkeit des angeblichen Einreisedatums nach Deutschland (13.08.2022) zu überprüfen?
 3. Welche Identitätspapiere hatte Muhammad A. bei der Polizeikontrolle bei sich?
 4. Am 13.08.2022 im Rahmen einer bundespolizeilichen Personenkontrolle am Hauptbahnhof in Braunschweig bat Muhammad A. um Asyl. Erst am 27.09.2022 erfolgte eine förmliche Antragstellung beim BAMF. Welchen Aufenthaltsstatus hatte Muhammad A. in der Zwischenzeit und durch welche Papiere wurde dies dokumentiert?
 5. Warum dauert es über einen Monat bis zur förmlichen Antragstellung?
 6. Wo wurde Muhammad A. vom Tag der mutmaßlichen Einreise bis zum 23.08.2022 untergebracht?
 7. In welcher Form erfolgten die Verlegungen in das Ankunftscenter Bad Fallingb. (23.08.2022), dann nach Bramsche (31.08.2022) und schließlich nach Oldenburg (30.09.2022)? Waren diese begleitet oder ist Muhammad A. allein gereist?
 8. Aus welchen Gründen wurde Muhammad A. so oft verlegt?
 9. Wann und in welcher Erstaufnahmeeinrichtung wurde Muhammad A. einer Erstuntersuchung unterzogen? Gab es bereits hier Hinweise auf eine psychische Erkrankung?
 10. Wurden dem Betroffenen Angebote gemacht, sich freiwillig einer psychologischen Beratung zu unterziehen? Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

11. Kam es während der Aufenthalte in den verschiedenen Aufnahmeeinrichtungen zu Auffälligkeiten und Vorfällen? Wenn ja, bitte die Vorfälle im Einzelnen benennen. Welche Maßnahmen wurden ggf. ergriffen?
12. Warum wurde Muhammad A. am 13.10.2022 in den Landkreis Northeim verteilt?
13. Wo genau war er ab diesem Zeitpunkt untergebracht?
14. Kam es in der Zeit vom 13.10.2022 bis zum Untertauchen zu Vorfällen und Auffälligkeiten, z. B. Belästigung von Personen, Straftaten, Ermittlungsverfahren, psychische Auffälligkeiten? Wenn ja, diese bitte im Einzelnen aufzuführen.
15. Welche ausländerrechtlichen oder polizeilichen Maßnahmen wurden getroffen, um die Identität und genaue Herkunft des Muhammad A. zu klären?
16. Welche Maßnahmen wurden gegebenenfalls getroffen, um die jederzeitige Anwesenheit des Muhammad A. sicherzustellen (Wohnsitz-, Meldeauflagen etc.)?
17. Welche Behörde hat gegebenenfalls zu welchem Zeitpunkt Fingerabdrücke von Muhammad A. genommen, um diese mit der EURODAC-Datenbank abzugleichen?
18. Am 06.10.2022 richtete das BAMF ein Übernahmeersuchen an Litauen, am 27.10.2022 stimmte Litauen diesem Ersuchen zu. Wie bewertet die Landesregierung diesen zeitlichen Ablauf? Gab es Probleme im Rahmen des Übernahmeersuchens?
19. Der ablehnende Bescheid über das Asylverfahren wurde Muhammad A. am 05.01.2023 zugestellt. Vor dem Hintergrund, dass Litauen dem Ersuchen am 27.10.2022 zustimmte: Was führte dazu, dass der ablehnende Bescheid erst am 05.01.2023, also mehr als zwei Monate später, zugestellt wurde?
20. Am 11.01.2023 legte Muhammad A. gegen den Bescheid Rechtsmittel ein und beantragte einstweiligen Rechtsschutz beim Verwaltungsgericht Göttingen. Wurde er hierbei anwaltlich vertreten und/oder von anderen Organisationen bzw. Personen unterstützt?
21. Erst mit Urteil vom 10.02.2025 lehnte das Verwaltungsgericht im Hauptsacheverfahren die Klage des Muhammad A. ab. Warum dauerte das verwaltungsgerichtliche Verfahren über zwei Jahre?
22. Am 10. 01.2025 meldete die Ausländerbehörde im Landkreis Northeim Muhammad A. im Ausländerzentralregister mit „Fortzug nach unbekannt“ ab. Was war hierfür der genaue Grund? Und wie hat die Ausländerbehörde das offenbare Untertauchen festgestellt?
23. Welche ausländerrechtlichen Maßnahmen wurden getroffen, um ein Untertauchen zu verhindern, welche Maßnahmen wurden eingeleitet, um den Aufenthaltsort des Muhammad A. zu ermitteln?
24. War das Verhalten von Muhammad A. während seiner Aufenthaltsdauer im Landkreis Northeim auffällig? Trat er strafrechtlich in Erscheinung oder lag ein Verhalten vor, dass die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdete? Bitte ggf. die einzelnen Sachverhalte schildern.
25. Am 18.03.2025 wurde das verwaltungsgerichtliche Urteil rechtskräftig. Wann und aufgrund welcher rechtlichen Grundlage trat die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht ein?
26. Warum brauchte keine gesonderte Frist zur Ausreise gesetzt werden?
27. Da zum Zeitpunkt der Rechtskraft Muhammad A. unbekanntes Aufenthaltsort war: Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um den Aufenthaltsort zu ermitteln und damit die Überführung nach Litauen durchzuführen?
28. Sofern keine Maßnahmen ergriffen wurden, um den Aufenthaltsort zu ermitteln: Warum wurden keine Maßnahmen ergriffen und welche Maßnahmen wären unter welchen Voraussetzungen möglich gewesen?

29. Warum wurde nicht schon zu diesem Zeitpunkt (18.03.2025) ein Antrag auf Abschiebungs- bzw. Überstellungshaft bei Gericht gestellt?
 30. Wer wäre zum Zeitpunkt 18.03.2025 die zuständige Behörde für den Antrag auf Abschiebungs- bzw. Überstellungshaft bei Gericht gestellt? (Bitte mit Begründung)
 31. Wurden Vorbereitungen für einen Haftantrag getroffen? Wenn nein, warum nicht?
 32. Wurden Vorbereitungen für die Überstellung nach Litauen getroffen? Wenn nein, warum nicht.
 33. Am 21.04.2025 meldete sich Muhammad A. im Durchgangslager Friedland. Welche näheren Erkenntnisse hat die Landesregierung zur angeblichen Wiedereinreise am 14.04.2025 aus dem Irak ins Bundesgebiet?
 34. War Muhammad A. zu diesem Zeitpunkt anwaltlich oder von anderen Personen/Institutionen beraten?
 35. Warum, wann genau und auf Grund welcher Rechtsgrundlage erhielt Muhammad A. eine Duldung mit auflösender Bedingung bis zur Entscheidung des BAMF über einen Asylfolgeantrag?
 36. Warum führte am 23.04.2025 der Sozialdienst das Erstgespräch mit dem Betroffenen?
 37. Welche Gespräche wurden geführt, um die zwischenzeitlichen Aufenthaltsorte des Betroffenen zu rekonstruieren?
 38. Wie und auf welche Weise fand die Landesaufnahmebehörde heraus, dass sich Muhammad A. in der Schweiz aufgehalten haben muss? Bitte in diesem Zusammenhang den Eintrag in das Schengener Informationssystem über die Rückkehrentscheidung zur Ausreise aus dem Schengen Raum erläutern (rechtliche Grundlage, Grund für diese Anordnung und aufenthaltsrechtliche Folgen).
 39. Am 08.05.2025 sollte eine Anhörung beim BAMF stattfinden, zu der Muhammad A. nicht erschien. Am 14. Mai stellte sich heraus, dass er sein Zimmer in der LAB NI geräumt hatte und wieder untergetaucht war. Wie stellt die LAB NI die ununterbrochene Anwesenheit von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sicher, so dass diese jederzeit für das Asylverfahren dem BAMF zur Verfügung stehen?
 40. Welche ausländerrechtlichen Maßnahmen stehen der Behörde zur Verfügung, um ein Unterrauchen im laufenden Asylverfahren zu verhindern und in welchem Umfang wurden im vorliegenden Fall von diesen Maßnahmen Gebrauch gemacht?
 41. Warum wurde die Überstellungsfrist nach Litauen vom BAMF am 22.05.2025 verlängert und welche rechtlichen Folgen waren damit verbunden?
 42. Wie konnte das BAMF den Betroffenen zu einem Termin am 26.05.2025 laden, wenn dieser zuvor mit „Fortzug unbekannt“ abgemeldet wurde?
 43. Wann wurde das BAMF von wem über den Fortzug nach unbekannt unterrichtet?
 44. Wann genau wurde das Überprüfungsverfahren zur Durchführung eines Asylfolgeverfahrens durch das BAMF eingestellt und wie und wann wurde darüber die Ausländerbehörde informiert?
 45. Ab welchem Zeitpunkt erhielt Muhammad A. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und in welcher Höhe? Bitte den Gesamtbetrag der Leistungen bis heute angeben und die in Anspruch genommenen Leistungen im Einzelnen aufschlüsseln.
 46. Wie und in welcher Form wurden die Leistungen gewährt (Barzahlungen/Überweisungen/Sachleistungen etc.)?
- II. Wiederauftauchen des vollziehbar ausreisepflichtigen Muhammad A. am 01.07.2025 und Inhaftierung bis zum 20.07.2025

1. Welche Umstände haben zum Aufgreifen und zur Inhaftierung des Betroffenen am 01.07.2025 geführt?
2. In welchem Zustand befand sich Muhammad A., als er durch die Bundespolizei aufgegriffen wurde? Gab es Hinweise auf psychische Auffälligkeiten?
3. Welche Gründe gab es, Muhammad A. am 01.07.2025 zu inhaftieren?
4. Welche Behörden haben Mahammad A. zur Fahndung ausgeschrieben bzw. einen Haftbefehl erwirkt?
5. Wann und wie wurde Muhammad A. in welche Justizvollzugsanstalt eingeliefert?
6. Fand eine Eingangsuntersuchung bei der Aufnahme in die Justizvollzugsanstalt statt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
7. War der Betroffene psychisch auffällig bzw. äußert er gegenüber dem Justizvollzugspersonal psychische Probleme?
8. Gab es Auffälligkeiten im Rahmen der Inhaftierung? Wenn ja, welche?
9. Wurde die LAB NI / Ausländerbehörde / MI bereits am 01.07.2025, also gleich am ersten Tag der Haft, über die Inhaftierung informiert? Wenn ja, wann genau wurde welche Behörde von wem informiert? Wenn nein, wann wurde welche Ausländerbehörde bzw. die LAB NI bzw. das MI von welcher Stelle über die Inhaftierung informiert? (Bitte die Meldekettens detailliert darlegen!)
10. Warum stellte die Ausländerbehörde erst am 16.07. den Antrag auf Überstellungshaft?
11. Bei welchem Gericht wurde der Haftantrag zunächst gestellt? Bitte genauen Zeitpunkt (Tag, Uhrzeit) nennen.
12. Wer erstellte das Haftantragsschreiben in der Ausländerbehörde?
13. Welche weiteren Personen in welchen Funktionen waren bei der Erstellung beteiligt (Sachbearbeiter, Vorgesetzte, Juristen)?
14. Welcher Sachverhalt wurde im Einzelnen im Haftantrag angeführt, um die Fluchtgefahr zu begründen? Bitte zusätzlich den Antrag (Erstantragsschrift und nachgereichte Schriftsätze) der LAB NI in anonymisierter Form der Antwort als Anlage beifügen.
15. Wurde von der LAB NI nach der Aufforderung zur Nachbesserung des Antrags durch das Gericht telefonisch Kontakt aufgenommen, um zu erfragen, welche Informationen fehlen? Wenn nein, warum nicht?
16. Ist es zutreffend, dass die Bezugnahmen in dem Antrag bzw. der nachreichte Schriftsatz auf andere vorhandene Akten unzutreffend waren? Wenn ja, wie erklärt die Landesregierung diese falsche Bezugnahme? Werden unterschiedliche Akten mit unterschiedlichen Paginierungen geführt?
17. Welchen Kontakt auf welchen Kommunikationswegen gab es im Einzelnen zwischen der antragstellenden Behörde und dem Gericht bis zur ablehnenden Entscheidung?
18. Wurden dem Haftantrag die ausländerrechtlichen Akten beigelegt? Wenn ja, in welchem Umfang? Wenn nein, warum nicht.
19. Zu welchem Zeitpunkt (Tag, Uhrzeit) gab das Gericht der LAB NI einen Hinweis, dass die Begründung für die Fluchtgefahr nicht ausreichend sei?
20. Welchen Inhalt hatte dieses gerichtliche Hinweisschreiben im Einzelnen? Bitte das Schreiben des Gerichts in anonymisierter Form der Antwort als Anlage beifügen.
21. Welches Gericht lehnte den Antrag auf Überstellungshaft ab und mit welcher Begründung?

22. Wann genau traf das Gericht die ablehnende Entscheidung? Bitte genaues Datum und Uhrzeit angeben, wenn möglich.
 23. Gab es im Nachgang der ablehnenden Entscheidung eine weitere Kommunikation zwischen der Ausländerbehörde und dem Gericht, um die näheren Hintergründe für die ablehnende Entscheidung zu hinterfragen?
 24. Welche Personen haben sich mit der ablehnenden Entscheidung des Gerichts in der LAB NI befasst und letztlich entschieden, keine Beschwerde einzulegen?
 25. Welche Gründe hat das Gericht im Einzelnen angeführt, um die ablehnende Entscheidung zu begründen? Bitte den Beschluss in anonymisierter Form der Antwort als Anlage beifügen.
 26. Welche Gründe waren für das Nichteinlegen von Rechtsmitteln entscheidend und wurden diese Gründe in der Ausländerakte dokumentiert?
 27. Vor dem Hintergrund, dass im Ausschuss für Inneres und Sport erklärt wurde, der Behörde seien keine neuen Sachverhaltselemente bekannt gewesen, die man noch hätte ergänzen können und dass deshalb keine Beschwerde zum Landgericht eingereicht wurde:
 - a. Ist der Landesregierung bekannt, dass in einer folgenden Instanz ein anderes Gericht (Landgericht) die Entscheidung trifft?
 - b. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass in dem weiteren Verfahren beim Landgericht auch Rechtsfragen vom Gericht anders hätten beurteilt werden können als in der ersten Instanz?
 - c. Ganz konkret: Hat das Gericht in der ersten Instanz den Antrag nur aufgrund von fehlenden Informationen zum Sachverhalt oder auch aus rechtlichen Erwägungen abgelehnt?
 - d. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Entscheidung, keine Beschwerde einzulegen, richtig war? Antwort bitte mit Begründung.
 28. Vor dem Hintergrund, dass im Ausschuss für Inneres und Sport dargelegt wurde, dass zwischen der ablehnenden Entscheidung des Amtsgerichts und der Freilassung des Betroffenen nur wenige Tage gelegen hätten: Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die Zeit ausreichend gewesen wäre, um ein Beschwerdeverfahren zu betreiben? Antwort bitte mit Begründung.
 29. Wurde das Ministerium (MI) im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Beschwerde zu Rate gezogen? Wenn ja, in welcher Form und in welchem Umfang? Wenn nein, warum nicht?
 30. Gibt es einen Erlass oder Hinweise des Ministeriums zur Unterstützung der Ausländerbehörden bei ausländerrechtlichen Haftangelegenheiten? Wenn ja, bitte den Erlass beifügen. Wenn nein, warum nicht?
- III. Geschehnisse nach der Haftfreilassung bis zum Tattag am 11.08.2025
1. Welche „ersten Vorbereitungen“ zur Überstellung wurde am 21.07.2025 von der Ausländerbehörde getroffen, nachdem sich der Betroffene nach der Haftentlassung wieder in der Flüchtlingsunterkunft gemeldet hatte?
 2. Welche Gespräche wurden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LAB NI mit Muhammad A. geführt, um die Überstellung vorzubereiten?
 3. Gab es während des Aufenthaltes in der LAB NI Auffälligkeiten oder Vorkommnisse von Seiten des Muhammad A.? Wenn ja, welche?
 4. Wie oft wurde er beraten, sich in das Asklepios Fachklinikum nach Göttingen zu begeben und was war jeweils der Anlass dafür?

5. Wann genau (Uhrzeit) begab sich Muhammad A. am 10.08.2025 freiwillig zur Behandlung in die Psychiatrie des Göttinger Asklepios-Klinikums? Wann genau (Uhrzeit) wurde er wieder entlassen?
6. Lagen dem Klinikum zu diesem Zeitpunkt Untersuchungs- bzw. Behandlungsberichte anderer Ärzte vor?
7. Gab es Kontakte zwischen dem Klinikum und anderen Behörden (Polizei, Ausländerbehörden etc.), um die Frage einer Fremdgefährdung bei der Untersuchung des Muhammad A. mit einbeziehen zu können?
8. Zu welchem Zeitpunkt wurde das MS über den Fall Muhammad A. unterrichtet?
9. Welche Behörde oder Einrichtung informierte das MS mit welchem Inhalt?

IV. Geschehnisse am Tattag (11.08.2025), Einbeck

1. Wer rief in Polizei zur Mittagszeit am 11.08.2025 in Einbeck, als Muhammad A. versuchte, ohne Fahrschein mit dem Bus zu fahren?
2. Welche polizeilichen Maßnahmen wurden gegenüber Muhammad A. getroffen?
3. Welche Abfragen in welchen Behördensystemen wurden von der Polizei durchgeführt?
4. Wurde ein Strafverfahren wegen versuchter Leistungerschleichung eingeleitet? Wenn nein, warum nicht?
5. Wie äußerte sich die Konfliktbereitschaft und verbale Auffälligkeit des Muhammad A. im Rathaus Einbeck im Einzelnen? Bitte genaue Schilderung des Sachverhalts?
6. Kam es zu Beleidigungen oder Handgreiflichkeiten gegenüber Bediensteten der Stadtverwaltung?
7. Welche weiteren Maßnahmen hat die Polizei abgesehen vom mündlich ausgesprochenen Platzverweis gegenüber Muhammad A. ergriffen?

V. Geschehnisse am Tattag (11.08.2025), mutmaßliches Tötungsdelikt in Friedland

1. Wer hat die Polizei kurz vor der Tat zum Bahnhof gerufen?
2. Wann genau ging der Notruf ein (Uhrzeit)?
3. Welchen Inhalt hatte der Notruf im Wortlaut?
4. Gingen weitere Notrufe ein? Mit welchen Inhalten?
5. Zu welchem Zeitpunkt (genaue Uhrzeit) traf die Polizei am Bahnhof in Friedland an?
6. Wie viele Polizeibeamte waren vor Ort?
7. Wo genau wurde Muhammad A. auf dem Bahnhofsgelände angetroffen?
8. Wo genau befand sich zu diesem Zeitpunkt die Leiche der Liana K.?
9. Welche polizeilichen Maßnahmen wurden gegenüber Muhammad A. neben der freiwilligen Alkoholtestung noch getroffen?
10. Gab es Kontakte zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft, um die Sachlage zu beurteilen? Wenn ja, in welcher Form und mit welchem Inhalt.
11. Wie lange hat der polizeiliche Einsatz hinsichtlich Muhammad A gedauert bzw. zu welchem Zeitpunkt wurde dieser entlassen?
12. Welche weiteren polizeilichen Maßnahmen schlossen sich dann an, um die Leiche zu bergen bzw. Tatspuren zu sichern?

13. Zu welchem genauen Zeitpunkt (Tag, Uhrzeit) deutete die Spurenlage darauf hin, dass es sich wohl nicht um einen reinen Unglücksfall gehandelt habe?
 14. Welche Tatsachen begründeten im Einzelnen diesen Verdacht?
 15. Wann genau und von wem wurde die Mordkommission „Grenzfall“ eingerichtet?
 16. Welche Gründe/Tatsachen gab es für die Einrichtung einer Mordkommission?
 17. Wann wurden die DNA-Spuren an der Kleidung der Toten gesichert?
 18. Wann wurde beim mutmaßlichen Täter ein DNA-Probe zum Abgleich entnommen und aufgrund welcher Rechtsgrundlage geschah dies?
 19. Wann hatte die Polizei oder eine andere Behörde erstmals Kontakt mit der Familie des Opfers?
 20. Wann informierte die Polizei erstmals mit welchem genauen Inhalt die Öffentlichkeit über den Tod der Liana K.? Bitte das Medium (PM, Soziale Netzwerke etc.) nennen und die jeweiligen Inhalte im Einzelnen darstellen.
 21. Welche Presseanfragen von welchen Medien gab es in der Zeit vom 11.08.2025 bis zum 29.08.2025?
 22. Wie wurden diese Presseanfragen im Einzelnen beantwortet?
 23. Wann wurden vorgesetzte Behörden der Polizei bzw. Staatsanwaltschaft über den Todesfall der Liana K. unterrichtet? Bitte die Meldewege und den Inhalt der Unterrichtung.
 24. Wann wurden die Hausleitungen in den betroffenen Ministerien (MI, MJ, MS) über den Vorfall mit welchem Inhalt erstmals unterrichtet? Bitte die genauen Zeitpunkte angeben sowie die Art der Unterrichtung (Beteiligte Personen, persönlich/Mail/per Telefon).
 25. Zu welchem Zeitpunkt wurden MI bzw. MJ über die Einrichtung einer Mordkommission unterrichtet?
 26. Wann und von wem erfuhren die Hausleitungen des MI bzw. MJ von der Einrichtung einer Mordkommission?
 27. Zu welchem Zeitpunkt stand für die Polizei bzw. für die Staatsanwaltschaft fest, dass gegen Muhammad A. ein dringender Tatverdacht besteht?
 28. Wann, von wem und in welcher Form wurden die Hausleitungen des MI, MJ und MS darüber informiert, dass gegen Muhammad A. ein dringender Tatverdacht besteht?
- VI. Weitere Abläufe am 11.08.2025 in der Landesaufnahmebehörde (GDL Friedland)
1. Wer rief die Polizei gegen 18:40 Uhr in die Landesaufnahmebehörde?
 2. Welcher Sachverhalt war der Anlass für das Rufen der Polizei?
 3. Welcher Sachverhalt führte zur Einleitung welcher Ermittlungsverfahren gegen Muhammad A.?
 4. Wurden Strafanträge gestellt? Wenn ja, von wem?
 5. Wer traf die Entscheidung aufgrund welcher Umstände, Muhammad A. am Abend in das Asklepios Fachklinikum zu überführen?
 6. Wer hat die vorläufige Unterbringung des Muhammad A. zu welchem Zeitpunkt nach PsychKG beantragt und wer hat diese verfügt?
 7. Welche Tatsachen waren für die vorläufige Unterbringung maßgeblich?
 8. Wann legte Muhammad A. Beschwerde gegen die vorläufige Unterbringung ein?
 9. War Muhammad A. anwaltlich vertreten?

10. In welcher Einrichtung befindet sich Muhammad A. derzeit?
11. Wurde inzwischen ein psychologisches Gutachten in Auftrag gegeben? Wenn ja, von welcher Behörde aus welchem Anlass?
12. Wie ist der aktuelle Stand des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens?
13. Wie ist der derzeit aktuelle Aufenthaltsstatus?

VII. Ausstattung, Organisation und Aufarbeitung durch die Landesregierung

1. Über wie viele Planstellen verfügt die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) derzeit insgesamt? Bitte aufschlüsseln nach Standorten, Funktionsgruppen sowie besetzten und unbesetzten Stellen.
2. Wie viele Juristinnen und Juristen sind in der LAB NI aktuell beschäftigt und wie hoch ist deren jeweilige Arbeitsbelastung?
3. Gab es in den Jahren 2023 bis 2025 Überlastungsanzeigen seitens der Mitarbeitenden der LAB NI, die sich mit Rückführungen bzw. Dublin-Überstellungen befassen? Wenn ja, bitte Zeitpunkt, Standort, Anzahl und Inhalte dieser Anzeigen darstellen.
4. Waren dem MI vor dem Tattag am 11.08.2025 Probleme im Rückführungsmanagement der LAB NI bekannt? Wenn ja, welche konkreten Probleme waren bekannt und wie wurde damit umgegangen?
5. Gab es Hinweise von Dritten – etwa Kommunen – auf Probleme im Rückführungsmanagement der LAB NI? Wenn ja, welche und wie wurde damit umgegangen?
6. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung derzeit, um die Personalausstattung und die organisatorische Leistungsfähigkeit der LAB NI dauerhaft zu sichern?
7. Plant die Landesregierung, die Zahl der Juristinnen und Juristen in der LAB NI zu erhöhen, um die Bearbeitung von Rückführungsfällen rechtssicher und effizient zu gestalten? Wenn ja, in welchem Umfang und bis wann? Wenn nein, warum nicht?
8. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass künftig in der LAB NI Fälle mit hoher Gefährdungslage (z. B. psychische Auffälligkeiten, Gefahr einer Straftat, Untertauchrisiko) frühzeitig erkannt und eng mit Polizei, Justiz und anderen beteiligten Behörden abgestimmt werden?
9. Welche Sofortmaßnahmen hat die Innenministerin bzw. hat der Staatssekretär nach Bekanntwerden des Falles veranlasst?
10. Welche Aufgaben wurden/werden von welcher Stelle im MI übernommen, um die Aufarbeitung zu strukturieren und erste Ergebnisse vorzulegen?
11. Welche Fristen wurden den Behörden gesetzt, um eine erste Analyse vorzulegen? Bitte Zeitpunkt der Fristsetzung und Vorlage der Ergebnisse darstellen.
12. Ist nach Auffassung der Landesregierung bereits heute Verbesserungsbedarf erkennbar? Wenn ja, in welchen Bereichen (z. B. Rechtsdurchsetzung, Informationsfluss, Personal, Schnittstellenkoordination)? Wenn nein, bitte mit Begründung.
13. Welche mittel- und langfristigen organisatorischen oder rechtlichen Änderungen plant die Landesregierung, um ähnliche Fälle künftig zu verhindern?
14. Plant die Landesregierung externe Gutachten oder Evaluationen einzusetzen, um den Fall umfassend aufzuarbeiten und auf systemische Fehler zu prüfen? Wenn ja, durch wen und bis wann? Wenn nein, warum nicht?

Jorina Hermann